

Nächste Tarifrunde der PCC Services wirft ihre Schatten

Den Gewerkschaften genügt das Angebot, das die Deutsche Bank in den Tarifverhandlungen für ihre Tochterfirma PCC Services unterbreitet hat, nicht. Der DBV hat vor der nächsten Verhandlungsrunde eine Aktion organisiert, bei der "für das leibliche Wohl gesorgt" ist.



Deutsche Bank und Arbeitnehmervertreter stehen vor der nächsten Verhandlungsrunde über den neuen Tarifvertrag für PCC Services. | Foto: picture alliance / dpa | Axel Heimken von [ANJA HALL](#)

Am 9. März verhandeln Arbeitgeber und Arbeitnehmer der PCC Services über den neuen Tarifvertrag für die Deutsche-Bank-Tochter. Im Vorfeld wird zwar nicht gestreikt, aber die Gewerkschaft DBV (Deutscher Bankangestellten-Verband e.V.) hat die Beschäftigten am Berliner Standort des Unternehmens für den Dienstag zu einer "Mittagspausen-Aktion" eingeladen.

Die Kolleginnen und Kollegen erwarten eine "informativ und leckere Mittagspause", schreiben die DBV-Verantwortlichen - für das leibliche Wohl sei gesorgt. Man werde den Beschäftigten vom Stand der Tarifrunde berichten und dem Arbeitgeber "ein klares Signal" senden, "dass wir ein Gehalt brauchen, das zum Leben reicht", so die Gewerkschaft.

DBV: Angebot ist "fern der Realität"

Der DBV kritisiert das Angebot der Deutschen Bank als "fern der Realität": Laut der Gewerkschaft bietet das Geldhaus 1000 Euro als steuerfreie Einmalzahlung plus drei Prozent mehr Lohn. Dies gehe "völlig unter in diesem Inflations-Winter", so die Gewerkschaft.

DBV und Verdi hatten die 3400 Beschäftigten der PCC Services an den Standorten Essen, Berlin und Hamburg am 22. Februar zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Die Mitarbeitenden des zwischen 2006 und 2008 ausgegliederten Services würden "als Troubleshooter, etwa bei komplizierten Zahlungsaufträgen oder Kreditfreigaben, die Fälle lösen, die das IT-System allein nicht schafft", erläuterte DBV-Sprecher Oliver Popp gegenüber FinanzBusiness. Verdi-Verhandlungsführer Roman Eberle hatte damals gesagt, dass die Verhandlungen zwar grundsätzlich in die richtige Richtung gingen, aber die angebotene Gehaltserhöhung "deutlich zu niedrig" sei.